

Verkaufsbüros in Beijing, Shanghai, Guangzhou und selbst in Chengdu, in der Provinz Sichuan, eröffnet. Wie groß die Spielsucht der Chinesen ist, zeigt auch Macaus Statistik: 40% der Spieler kommen aus China, 30% aus Hongkong, der Rest aus Taiwan und anderen Regionen.

Während SJM sofort nach Abschluss des Vertrages den Kasinobetrieb aufnehmen kann, müssen sich die beiden Konkurrenten noch in Geduld üben. Sheldon Adelson teilte der Presse mit, dass seine Gesellschaft so schnell wie möglich ein provisorisches Kasino mit weniger als 200 Tischen eröffnen will. Steve Wynn hat angedeutet, frühestens nächstes Jahr mit dem Geschäft zu beginnen.

Stanley Ho hat Investitionen von insgesamt 4,75 Mrd. MPtc (587,5 Mio. US\$) in Unterhaltungs-, Tourismus- und Kulturprojekte angekündigt: Aufwertung seines Flaggschiffes „Hotel Lisboa“, Beteiligung am Joint Venture „Macau Fisherman's Wharf“, dem größten Tourismusprojekt seit der Rückgabe Macaus an China, Bau eines Kulturdorfes, eines Vergnügungsparks, eines Luxushotels und eines exklusiven Privatklubs für Spieler hoher Einsätze sowie die Aufbesserung alter Stadtviertel.

Der Reingewinn von STDM mit ihren elf Kasinos und etwa 330 Spieltischen im Jahr 2001 betrug 1,838 Mrd. MPtc (229 Mio. US\$); die Bruttoeinnahmen beliefen sich auf etwa 20 Mrd. MPtc (2,5 Mrd. US\$). (Zum Vergleich: Die fast 500 Kasinos in Nevada nahmen 2001 insgesamt 9,5 Mrd. US\$ ein.) Die Kasinos in Macau führten im letzten Jahr zusammen die Rekordsumme von 6 Mrd. MPtc (750 Mio. US\$) an Steuern ab. In den ersten vier Monaten 2002 erhielt die Regierung von den Kasinos an Steuern 2,32 Mrd. MPtc (290 Mio. US\$), 15,2% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wirtschaftsprognosen sehen einen neuen Rekord von über 20 Mrd. MPtc bei den Bruttoeinnahmen der Glücksspielindustrie in diesem Jahr voraus. Die Regierung hat ihr Ziel an Steuern aus dem Kasinogeschäft für das ganze Jahr 2002 auf 5,83 Mrd. MPtc (728,75 Mio. US\$) hochgeschraubt.

Francis Tam teilte mit, das Ausschreibungskomitee für die Glücks-

spielkonzessionen werde in ein Beraterkomitee für Glücksspielpolitik umgewandelt, das Kontakte mit internationalen Glücksspielüberwachungs-Behörden herstellen soll, um das System zu vervollkommen und internationalen Standards zu entsprechen. Er und der für Tourismus zuständige Sekretär für soziale Angelegenheiten und Kultur, Fernando Chui Sai On (Cui Shi'an), bezeichnen den Tourismus- und Glücksspielsektor als den „Drachenkopf“ der Wirtschaft Macaus.

Der Hongkonger Milliardär Sir Henry Ying Tung Fok (Huo Yingdong), einer der Mitbegründer von STDM und stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, ist offiziell aus der STDM ausgestiegen, indem er am 28. Juni die gemeinnützige „Macau Henry Fok Foundation“ gründete, die seine Anteile an STDM verwaltet. Henry Fok erklärte, er würde der Stiftung seine Anteile von 27,7% plus 20 Mio. MPtc (2,5 Mio. US\$) in bar spenden. Der Wert seiner Anteile wird auf 750 bis 875 Mio. US\$ geschätzt. Die Stiftung wird die Einnahmen aus Bankzinsen und Dividenden in Form von Gratisaktien der STDM verwenden, um die Entwicklung von Erziehung, Gesundheitswesen, Sport und Kultur zu gleichen Teilen in Macau und auf dem Festland zu fördern. Regierungschef Edmund Ho pries bei der Gründungszeremonie Henry Fok als „erfolgreichen Unternehmer, bekannten Patrioten und Philanthropen“. Dieser nannte als Grund für seinen Rückzug seinen Mangel an Interesse am Kasinogeschäft. Er sagte, das ursprüngliche Ziel von STDM sei die Bildung einer gemeinnützigen Organisation gewesen, die Geld für die Entwicklung und Wohlfahrt Macaus beschaffen sollte. Doch einige größere Aktieninhaber hätten andere Vorstellungen, und das sei ein weiterer Grund, weshalb er aussteigen wolle. (XNA, 4., 25., 27., 29.6.02; *People's Daily Online*, 9.2., 29.3.02; Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 24., 26.6.02; *World Trade Center Macau Newsletter*, No.23, April 2002; SCMP, 28.6.02; *Las Vegas Sun*, 22.3., 25.6.02; *Las Vegas Review-Journal*, 14., 24.6.02; *Forbes.com/reuters*, 12.6.02; *Asia-Inc.com*, 20.6.02; Ya-

hoo Singapore/Reuters, 22., 24., 26.6.02; CNN.com/WORLD, 22.2.02; etisu.com, 9.2.02) -ljk-

34 Internationale Ausschreibung für dritte Seebrücke

Internationale Angebote für den Bau der dritten Seebrücke, dem größten Infrastrukturprojekt seit der Rückgabe Macaus an China, sind eingegangen. Die Brücke soll die Geschäftsviertel im Westen der Halbinsel Macau mit der Insel Taipa verbinden. Am 15. Juni nahm die Regierung der SVRM elf Bewerbungsunterlagen von Gesellschaften mit Sitz auf dem chinesischen Festland, in Macau, Hongkong, den Vereinigten Staaten und Japan an. Die von den Bietern veranschlagten Kosten reichen von 380 Mio. bis 1,18 Mrd. MPtc (47,5 bis 147,5 Mio. US\$), die von ihnen angesetzte Bauzeit soll maximal 28 Monate betragen. Das würde bedeuten, dass die Brücke 2005 fertig gestellt sein könnte, wenn mit dem Bau wie geplant im letzten Quartal diesen Jahres begonnen würde. Die maximal 1,2 km lange Brücke soll die Verkehrsengepässe auf den beiden existierenden Brücken (1974 bzw. 1994 gebaut) beheben und den Forderungen einer wachsenden Zahl von Menschen, die auf Taipa wohnen, gerecht werden. Taipa beherbergt den Internationalen Flughafen, die Universität von Macau, ein großes Stadium, eine Pferderennbahn, drei Kasinos und mehrere Wohnviertel. Im Gegensatz zu den beiden anderen Brücken wird die neue Brücke zwei Ebenen haben. Die untere Ebene wird nur bei Taifunen geöffnet werden. Eine Kleinbahn soll hindurchfahren. Mit sechs Spuren auf der oberen Ebene wird die dritte Brücke die breiteste sein. (XNA, 13., 16.6.02) -ljk-

Taiwan

35 Luftverkehrsabkommen mit Hongkong

Kaum 24 Stunden vor dem Auslaufen des bisherigen Vertrages konnte zwischen Hongkong und Taiwan am 30. Juni ein neues Luftverkehrsabkommen

geschlossen werden. Damit wird die besonders lukrative Route Hongkong-Taipei nicht nur wie bisher beflogen, sondern in ihrer Kapazität erweitert.

Bei den Verhandlungen hatte es Probleme gegeben, da Hongkong als chinesisches Territorium einem neuen Abkommen mit Taiwan keinen staatsrechtlichen Anstrich geben mochte. Das alte Abkommen war 1996 noch unter britischer Herrschaft geschlossen worden und später mangels konsensfähiger Neuregelung zweimal in alter Form verlängert worden. Die letzte Verlängerung lief am 30. Juni um 24 Uhr aus.

Am Ende waren beide Seiten zufrieden: China und Hongkong, weil von taiwanischer Seite keine Regierungsvertreter teilnahmen, sodass die Verhandlungen als solche zwischen privaten Organisationen – Fluggesellschaften bzw. deren Vereinigungen – erschienen, Taiwans Regierung, weil sie die Verhandlungen aus dem Hintergrund lenkte und das Abkommen ihrer Ansicht nach in formaler Hinsicht den Gepflogenheiten zwischenstaatlicher Verträge entspricht.

Durch das Abkommen erhöht sich die Zahl der wöchentlichen Flüge von Taiwan aus und von Hongkong aus bis Anfang 2004 jeweils um 49, wobei der Großteil des Zuwachses sofort (ab 1. Juli 2002) erfolgt. Auf taiwanischer Seite profitieren besonders EVA Airways. China Airlines dagegen erhielt nach dem Flugzeugabsturz vom 25. Mai (vgl. C.a., 2002/5, Ü 36) keine weiteren Hongkong-Flüge zugesprochen. (CNAT, nach BBC PF, 7.6.02; TT, 29.6., 30.6.02) -hws-

36 Europareise und Berlinbesuch des Wirtschaftsministers

Taiwans Wirtschaftsminister Lin Yifu flog am 16. Juni mit einer 30-köpfigen, hochrangigen Delegation aus Wirtschaft und Handel zu einer Zehntagesreise nach Europa. Er besuchte Deutschland, Großbritannien und Spanien. (CNAT, nach BBC PF, 15.6. und 21.6.02)

Erste Station war Berlin. Dort traf sich Lin am 18. Juni mit seinem deutschen Amtskollegen Werner Müller zu einem Arbeitsgespräch. Themen waren der taiwanische Wunsch,

mit Deutschland nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten ein Doppelbesteuerungsabkommen zu schließen (vgl. C.a., 2002/4, Ü 49), sowie die deutsche Forderung nach mehr Transparenz bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge in Taiwan. Außerdem lud Lin seinen Amtskollegen zu einem Besuch in Taipei ein. (Der letzte Taiwanbesuch eines deutschen Wirtschaftsministers liegt acht Jahre zurück.) In Berlin kam Lin auch mit in Deutschland lebenden taiwanischen Unternehmern zu einem Symposium zusammen. (CNAT, nach BBC EF, 19.6.02; *Freies Asien*, Nr.3/2002)

Am 19. Juni reiste die Delegation nach London weiter, wo unter anderem Gespräche mit britischen Unternehmern anstanden. In Barcelona schließlich, der letzten Station der Reise, wurde eine gemeinsame spanisch-taiwanische Erklärung unterzeichnet, die den weiteren Ausbau der bilateralen Handels- und technisch-wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen vorsieht. (CNAT, nach BBC PF, 20.6., 25.6.02) -hws-

37 Neue Zahlen zur Marktsättigung bei Internetzugängen und Mobiltelefonen

Vor allem ausländischen Medien war die Meldung ein paar Zeilen wert: In Taiwan gibt es heute mehr Mobiltelefone als Einwohner. Die Marktsättigung beträgt hier 100,7%. Letztes Jahr lag Taiwan noch kurz hinter Luxemburg, wo eine Marktsättigung von 96,7% bestand. Hinter der Zahl verbirgt sich die Tatsache, dass Mobiltelefone Modeartikel sind: Ins Büro nimmt man einen anderen Apparat mit als zum Rendezvous oder zum Sport. Viele Taiwaner besitzen daher zwei oder drei Apparate. (WSJ, 19.6.02)

Die Marktdurchdringung bei Internetzugängen hinkt demgegenüber etwas hinterher: Sie betrug im Mai (neueste Zahl) 46,2%. Männer und männliche Jugendliche stellen 58,2% der Nutzer; 38% aller Nutzer sind zwischen 15 und 24 Jahre alt. Die im Monatschnitt online verbrachte Zeit belief sich auf 15,4 Stunden. (TH, 7.6.02) -hws-

38 Einbruch bei Steuereinnahmen

Taiwans Regierung muss dieses Jahr mit erheblich weniger Einnahmen auskommen als geplant. Im Zeitraum Januar-Mai verbuchte der Fiskus bei privaten und geschäftlichen Einkommenssteuern gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Minus von 40%.

Verantwortlich für den Einbruch sind mehrere Faktoren: zum einen die Flaute in der Wirtschaft, die sich nur langsam wiederbelebt, zum zweiten erhebliche Steuerausfälle auf Grund von Naturkatastrophen, namentlich den Taifunen vom letzten Herbst – Betriebe, die ihre Produktion unterbrechen mussten, können nun Steuerkürzungen geltend machen. Weitere Ausfälle ergaben sich aus der Rekordzahl von Erwerbslosen sowie aus den Betriebsstilllegungen, die ebenfalls einen Höchstwert erreichten.

Nachdem Präsident Chen Shui-bian versprochen hatte, während seiner Amtszeit werde es keine Steuererhöhungen geben, steht die Regierung nun vor einem Dilemma. Selbst wenn sich der Finanzminister zu Steuererhöhungen entschließen und diese im Parlament durchbringen sollte, werden Ausgabenkürzungen unvermeidlich sein. (TH, 10.7.02; TT, 11.7.02) -hws-

39 Baut Taiwan U-Boote selbst?

Nachdem die USA im April 2001 Taiwan die Lieferung von dieselgetriebenen modernen U-Booten zugesagt hatten, ist nach wie vor unklar, ob und wie dieses Versprechen eingelöst werden kann. Da die USA schon seit rund 50 Jahren keine dieselgetriebenen U-Boote mehr herstellen, müssten sie aus Deutschland kommen, das auf diesem Gebiet als technisch führend gilt. Bundeskanzler Schröder machte jedoch Anfang Juni erneut klar, dass Deutschland eine Lieferung von U-Boot-Technik an Taiwan nicht gestatten wird. Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass ein US-Unternehmen an den Howaldtswerken Deutsche Werft in Kiel seit jüngstem eine Aktienmehrheit von drei Vierteln halte. (Deutschlandfunk, nach BBC PF, 3.6.02; vgl. C.a., 2001/4, Ü 41)

Da Taiwan die U-Boote im Rüstungswettlauf mit China dringend benötigt, wird nun geprüft, ob sechs der gewünschten acht Schiffe mit technischer Hilfe seitens der USA in Taiwan selbst gebaut werden können. Den Vorschlag hatten einige Parlamentarier schon vor längerer Zeit gemacht. Jetzt wurden sie darin ausdrücklich von Verteidigungsminister Tang Yaoming unterstützt, der zudem bekannt gab, dass eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden sei. Komme diese zu einer positiven Einschätzung, würde man versuchen, die USA für das Vorhaben zu gewinnen. Tang warnte jedoch vor übertriebenen Hoffnungen: Es könnte sich erweisen, dass U-Boote aus taiwanischem Eigenbau die technischen Anforderungen nicht erfüllen.

Hersteller wäre die staatliche China Shipbuilding Corporation (CSBC), die bereits erklärt hat, sie sei in der Lage, den Auftrag zu übernehmen. Voraussetzung sei jedoch, dass die USA technische Hilfe leisteten und die Baupläne lieferten. Schiffbauingenieure aus Deutschland und den Niederlanden hätten laut CSBC bei vergangenen Besuchen die Fähigkeit von CSBC, U-Boote zu bauen, anerkannt.

Einstweilen bleiben viele Fragen offen – und etliche können noch nicht einmal gestellt werden. Schon im März hatte das Pentagon eine Delegation nach Taipei schicken wollen, um die taiwanischen Auftraggeber über Angebote möglicher Lieferanten zu informieren. Bislang traf diese Delegation jedoch nicht ein, und ein Pentagonssprecher erklärte, den Grund für die Verzögerung wisse er nicht. Allerdings gebe es eine Reihe komplizierter technischer Probleme. (TH, 6.6.02; CNAT, nach BBC PF, 6.6.02)

Vermutlich besteht das Hauptproblem nach wie vor darin, dass es in den USA keinen Hersteller gibt, der über die nötige Technik verfügt – siehe oben. Müsste die Technik neu entwickelt werden, wird Taiwans Marine noch lange auf die U-Boote warten müssen. Dass technische Entwicklungsprobleme tatsächlich eine Rolle spielen, geht auch aus einem anderen Aspekt hervor: den Kosten. Nachdem eine Delegation des taiwanischen Verteidigungsministeriums Ende Juni in Washington war, wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Taiwan nicht

nur für die reinen Baukosten, sondern auch für die Vorlaufkosten bei der „Begutachtung des Programms“ aufzukommen habe. Mit anderen Worten: Es geht um die Frage, was auf Grund der auf dem Markt verfügbaren Technik überhaupt machbar ist, um Taiwan zu dieselgetriebenen U-Booten zu verhelfen. Da die USA fertige U-Boote nicht liefern können, kann es sich dabei nur um eine Neuentwicklung handeln. Die Kosten dafür könnten den taiwanischen Verteidigungsetat sprengen und wären für Taiwan nur dann vertretbar, wenn mit dem Bau ein Technologietransfer einherginge, der es Taiwan ermöglichte, sich in Zukunft selbst mit U-Booten zu versorgen und womöglich seinerseits welche zu exportieren. Dies scheint der wahre Hintergrund für die Bemühungen zu sein, die Aufträge im Land selbst ausführen zu lassen. (TH, 28.6.02) -hws-

40 Börse auf Talfahrt, NT-Dollar stark

Die Baisse an den Weltaktienbörsen schlug im Juni auch auf Taiwan durch. Am 27. Juni erreichte das taiwanische Aktienbarometer Taiex mit 5.072 Punkten ein Sieben-Monats-Tief. Hier wie anderenorts wirkten sich die schlechten Vorgaben der amerikanischen Leitbörse an der Wall Street aus, der sich die größeren asiatischen Handelsplätze (Hongkong, Seoul, Singapur) anschlossen. Seit Jahresbeginn liegt der Verlust des Taiex aber nur bei 9%, ein sehr geringer Wert. (SCMP, 27.6.02; NZZ, 28.6.02)

Demgegenüber zeigte sich der Neue Taiwandollar (wie auch der Euro) gegenüber dem US-Dollar von seiner starken Seite und erreichte am 24. Juni mit einem Kurs von 33,772 ein 13-Monats-Hoch. Innerhalb des letzten Vierteljahrs betrug der Wertzuwachs des NT\$ gegenüber dem US\$ 4,1%. Um die weitere Aufwärtsbewegung zu dämpfen, reagierte die Zentralbank mit einer Senkung der Leitlinien um einen Viertel Prozentpunkt; der Diskontsatz liegt seither auf dem Rekordtief von 1,875%. Der Jahreszins auf Spareinlagen in den drei großen staatlichen Banken sank in der Folge auf 1,6 bis 1,7%. (TT, 25.6., 28.6., 30.6.02; FT, 28.6.02) -hws-

41 Hausfrauenlohn gesetzlich geregelt

Abschied vom konfuzianischen Erbe: Taiwans Parlament verabschiedete Anfang Juni ein Gesetz, das die Gleichstellung von Mann und Frau auch bei den privaten Finanzen sichern helfen soll. So verfügen Ehepartner nun jeder für sich auch nach der Heirat weiter über ihre zuvor erworbenen Besitzstände. Ist nur ein Ehepartner berufstätig oder verfügt er über ein höheres Einkommen, hat ein finanzieller Ausgleich zu erfolgen; widmet sich ein Ehepartner ganz dem Haushalt und der Familie, erhält er nach Abzug der gemeinsamen Ausgaben vom erwerbstätigen Partner ein angemessenes Taschengeld – in der Mehrzahl der Fälle quasi als Hausfrauenlohn. Dessen Höhe wurde jedoch nicht gesetzlich festgeschrieben. In Streitfällen kann jeder Ehepartner ein Gericht anrufen.

Gleichzeitig schwächte das Parlament die Institution des Konkubinats: Den Männern ist nunmehr verwehrt, eine heimliche Nebenfrau finanziell auszuhalten. Leistet ein Mann trotzdem Zahlungen an seine Geliebte, kann ihn seine Ehefrau vor Gericht bringen. (NZZ, 9.6.02) -hws-